



Rechte Anschlagserie in Neukölln

Problemlöser AfD?

Der Mord an Burak Bektaş

Robert Giese, Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule

»Ich bin sicher, dass das Bewusstsein darüber, dass Demokratie täglich erkämpft werden muss, um lebensfähig zu bleiben, wachsen wird.«

Die Falken Neukölln, Anton-Schmaus-Haus

»Das ist Solidarität: Betroffene nicht allein lassen, zeigen, dass wir viele sind und weitermachen«

Burak Initiative

»Die Verharmlosung der Taten verhindert nicht nur die Aufklärung, sondern ermutigt auch die Täter*innen weiterzumachen«

Rechte Anschlagsserie in Neukölln nimmt kein Ende

Persönliche Bedrohungen und Feindeslisten im Internet, zersplitterte Fensterscheiben, mit Nazisymbolen beschmierte Hauseingänge und nächtliche Brandanschläge auf Autos und Cafés. Schon seit Juni 2016 werden Personen und Einrichtungen in ganz Neukölln regelmäßig angegriffen.

Warum? Die Betroffenen setzen sich gegen rechte Strukturen ein und unterstützen Geflüchtete. Sie sind beispielsweise in Gewerkschaften organisiert, engagieren sich in Parteien, sind in der Jugendarbeit aktiv oder betreiben alternative Kneipen. Und das macht sie zu Gegner*innen der extremen Rechten in Neukölln. Zum jetzigen Zeitpunkt (Februar 2017) wurden insgesamt 31 rechte Vorfälle bekannt. Darunter allein acht Brandanschläge auf Autos und ein Café.

Einige Beispiele der nächtlichen Angriffsserien: In der Nacht auf den 27. Juni 2016 zündeten Unbekannte in Rudow den Wagen eines SPD-Politikers an. Auch ein Hauseingang im Schillerkiez wird mit rechten Slogans beschmiert. Ebenfalls in dieser Nacht werfen Unbekannte Farbgläser in die Fensterscheiben einer Wohnung und eines Ladenlokals im Weserkiez. Im August 2016 veröffentlicht eine von Neonazis betriebene Facebook-Seite dann mehrere Feindeslisten. Auf ihnen sind die Adressen von Kneipen, alternativen Projekten, Parteibüros und von Unterkünften für Geflüchtete eingetragen. Die nächste große Angriffswelle folgt am 12. Dezember. Wieder werden Fenster von Wohnhäusern und Geschäften eingeworfen, dieses Mal in der Mitte und im Norden Neuköllns. Trauriger Höhepunkt ist ein versuchter Brandanschlag auf ein Wohnhaus in der Wildenbruchstraße. In diesem Haus gibt es nicht nur ein alternatives Café, sondern auch mehrere Mietwohnungen. Glücklicherweise kommt niemand zu Schaden. Auch im Jahr 2017 bleibt es nicht ruhig: Allein im Januar folgen drei weiteren Autoabbrände in Britz. Im Februar werden wieder Drohungen gegen Bewohner*innen Nordneuköllns an deren Häuser geschmiert und es gibt einen weiteren Autoabbrand in Rudow.



Einschüchterungsversuch: Die Täter beschmierten dutzende Hauseingänge. (Foto: Jan Tölva)

Die Täter*innen dieser Einschüchterungsversuche treten nicht öffentlich in Erscheinung. Sie stammen mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem militanten Neonazi-Milieu. Bereits 2011 machten sie unter dem Label „Nationaler Widerstand Berlin“ in Neukölln mit einer Angriffsserie auf sich aufmerksam.

Zugute kommt den Täter*innen ein gesellschaftliches Klima, in dem rechte Positionen durch eine AfD in den Parlamenten wieder salonfähig werden. Hinzu kommt das gerade erst

gescheiterte NPD-Verbotsverfahren und die wachsende Zustimmung zu rassistischen Positionen.

Diese Entwicklung macht auch vor Neukölln nicht halt. Für das Jahr 2016 hat die Registerstelle Neukölln über 200 rassistische, rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Das häufigste Motiv ist Rassismus: Die Meldungen reichen von antimuslimischen Flyern über rassistische Beschimpfungen auf der Straße bis hin zu dem Beschuss einer Unterkunft

DIE REGISTERSTELLE NEUKÖLLN

Rechte und rassistische Vorfälle melden!

In Neukölln ist eine der insgesamt 12 Registerstellen Berlins. Die Registerstellen dokumentieren rechte, rassistische und andere diskriminierende Vorfälle. Die Registerstelle Neukölln wurde 2013 gegründet. Ziel des Projektes ist es, Diskriminierung im Alltag sichtbar zu machen. Dazu veröffentlicht die Registerstelle regelmäßig Vorfälle aus Neukölln in einer Online-Chronik: Das an die Bushaltestelle gesprühte Hakenkreuz. Ein behindertenfeindlicher Spruch in der Kneipe. Die rechte Demonstration am Wochenende. Ein rassistischer Flyer gegen die geplante Unterkunft für Geflüchtete. Der Angriff auf die Nachbarin, die sich gegen Neonazis engagiert. Ein homophober Aufkleber.

Alle diese Beispiele sind Vorfälle, die dem Register Neukölln gemeldet wurden. Vorfälle melden können alle. Egal ob sie selbst betroffen sind oder Zeug*innen wurden. Alle Meldungen werden vertraulich behandelt und anonymisiert veröffentlicht.

Kontakt für das Melden von Vorfällen:
register@amarofo.de

Online-Chronik der Berliner Registerstellen:
www.berliner-register.de

für Geflüchtete. Mindestens 29 Mal kam es vor, dass Einzelpersonen oder Gruppen massiv bedroht, gejagt oder verletzt wurden. Rechte und rassistische Aufkleber sowie Graffiti sind in ganz Neukölln eine tägliche Erscheinung.

IMPRESSUM

RudowAktuell ist ein gemeinsames Projekt von antirassistischen und antifaschistischen Menschen aus Berlin-Neukölln.

Herausgeberin
Berliner VVN-BdA e.V.
Magdalenenstraße 19,
10365 Berlin



Chefredaktion (V.i.S.d.P.)
Markus Tervooren (Adresse wie oben)

Kontakt
kontakt@neukoelln-gegen-nazis.de

Satz & Gestaltung
Florian Hirsch Projektarbeit

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 20.000 Exemplare

RudowAktuell erscheint als Beilage im „Berliner Abendblatt“ und dient ausschließlich zu Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich die Autor*innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des Berliner VVN-BdA e.V. oder Autor*innen anderer Texte

überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen. Die Verteiler*innen sind nicht identisch mit den Urheber*innen der Zeitung.

Genderschreibweise

Zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie aller weiteren Geschlechteridentitäten hat sich die Redaktion für die Verwendung des Sternchens („**“) entschieden.

Der Wolf im Schafspelz

Die „Alternative für Deutschland“ in Neukölln

Rund 16.000 Wahlberechtigte haben in Neukölln der AfD bei den Wahlen 2016 ihre Stimme gegeben. Obwohl das nicht viel ist, entspricht das immerhin fast 14 Prozent der abgegebenen Stimmen. In manchen Regionen, wie zum Beispiel in Gropiusstadt, haben über 20 Prozent für die AfD gestimmt. Das Resultat dieser Wahlentscheidung ist, dass sieben AfD-Mitglieder für fünf Jahre im Bezirksparlament (BVV) sitzen und mitbestimmen dürfen. Sie stellen Anträge, beraten in Ausschüssen mit, bekommen Sitzungsgeld und Fraktionsmittel, beschäftigen Mitarbeiter*innen, mieten Räume an, können Versammlungen im Rathaus abhalten usw. Außerdem durfte die AfD den Bezirksstadtrat für Umwelt und Grünanlagen bestimmen. Damit ist die Partei auch Teil der Bezirksregierung. Die Propagandamaschine der AfD wird also genügend Geld und Personal haben, um im Bundestagswahlkampf 2017 auf Hochtouren zu laufen.

Inhaltlich wird die AfD auch in Neukölln das Parlament dazu benutzen, um ihre Hetze gegen Flüchtlinge, gegen Menschen mit Migrationshintergrund, gegen Muslim*innen und alle, die der AfD nicht in den Kram passen, zu betreiben. Die ohnehin starke öffentliche Sichtbarkeit solcher Meinungen wird durch die parlamentarische Vertretung durch die AfD noch verstärkt. Die AfD ist kein Problemlöser – sie hat vielmehr großen Anteil an der rassistischen Stimmungsmache, die letztlich zu Brandanschlägen



Nah beieinander: Nicht nur auf dieser Plakatwand ist die Nähe von AfD und NPD erkennbar.

führt. Auf dieser Basis lässt sich nicht diskutieren. Doch lässt uns trotzdem reden – auch über die AfD. Nicht über ihre Lieblingsthemen, sondern darüber dass sie Menschen herabwürdigen, dass sie Hass verbreiten und aller Welt vorschreiben wollen wer, wo, mit wem und wie zu leben hat.

führt. Auf dieser Basis lässt sich nicht diskutieren. Doch lässt uns trotzdem reden – auch über die AfD. Nicht über ihre Lieblingsthemen, sondern darüber dass sie Menschen herabwürdigen, dass sie Hass verbreiten und aller Welt vorschreiben wollen wer, wo, mit wem und wie zu leben hat.

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS (AGR)

Für alle, die auch 2017 gegen Rassismus aktiv werden wollen, bietet sich das AgR-Netzwerk an. Viele tausend Leute haben sich bundesweit zusammengeschlossen um vor allem regional gegen die AfD und andere Rassist*innen vorzugehen. Es gibt nicht nur gemeinsam erarbeitete Infomaterial und Aktionsideen, sondern auch eine „Ausbildung“ zum Stammtischkämpfer*in gegen Rassismus. aufstehen-gegen-rassismus.de

AFD-KANDIDAT: ANDREAS WILD



Populist unterwegs: Andreas Wild. (Foto: RBB/„Stunde der Populisten“)

Andreas Wild kommt aus Steglitz und ist schon viele Jahre im Bezirksvorstand der AfD. Früher war er in der CDU und in der FDP. Letztes Jahr wurde er ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. 2017 wird er als Bundestagskandidat der Partei für Neukölln antreten. In einer RBB-Doku sagt er wie sehr er den Bezirk verehrt. Für ihn gehört Neukölln nicht zu Deutschland. Dabei ist ihm egal welchen Status die Menschen haben – sie sehen ihm nicht deutsch genug aus. Er fordert die gezielte Umsiedlung von Menschen. Er selbst betreibt eine private Arbeitsvermittlung und beschäftigt dort auch Neonazis. Er organisiert Busreisen zu Auftritten von Björn Höcke und gilt in der Partei als rechter Scharfmacher. Im letzten Jahr forderte er, Flüchtlinge auf dem platten Land in selbstgebauten Holzhütten zu internieren. Im Oktober schlug er vor, Burkas öffentlich verbrennen zu lassen.

KEINE NETTEN LEUTE!

Die AfD-Neukölln gibt sich unbescholten. Angeblich sind sie liberal und sicher keine Rassist*innen. Doch wer genauer hinsieht, bekommt ein anderes Bild zu sehen. Die AfD ist untrennbar mit rechten Aktivist*innen verbunden.

Hier einige Beispiele: **Anne Zielisch**, sitzt für die AfD im Bezirksparlament. Sie unterstützt den stramm rechten AfDler Björn Höcke. Als politischen Schwerpunkt gibt sie an: „Grenzschießung, Zurückdrängung der Islamisierung“. **Hendrik Pauli**, ist im Bezirksvorstand der AfD. Er war regelmäßiger Teilnehmer bei den Berliner PEGIDA-Märschen (sog. „Bärgida“) und bei einem Marsch der rassistischen „Identitären Bewegung“ im Juni 2016. **Tilo Paulenz**, AfD-Kandidat zur Wahl 2016, gehörte früher einer Rudower Neonaziclique an und war an mehreren Angriffen beim Baumblütenfest in Britz beteiligt. **Johannes Sondermann**, AfD-Kandidat zur Wahl 2016, gehört zur „Patriotischen Plattform“ dem rechten Flügel der AfD. Er war letztes Jahr bei mehreren Neonazi-Aufmärschen (z.B. in Marzahn und denen am Hauptbahnhof). Er nimmt als Zuschauer an allen Sitzungen des Neuköllner Bezirksparlaments teil.

Geschwächt, aber brandgefährlich

Die neonazistische Szene in Neukölln

Das öffentliche Auftreten von Neonazis in Neukölln hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Sie sind weniger sichtbar. Immer vor den Wahlen bauen sie an U-Bahnhöfen und Straßenfesten im Süden des Bezirks ihre Stände auf. Ihre Veranstaltungen kündigen sie in der Regel nicht vorher an, weil sie die zahlenmäßig überlegenen Gegenproteste fürchten. Bei den Kundgebungen, zu denen sie öffentlich aufrufen, kommt selten mehr als eine Handvoll Menschen zusammen. Ihre Treffpunkte mussten sie nach öffentlichem Druck aufgeben und stattdessen auf Hinterzimmer und Gartenterrassen ausweichen. Daraus ist jedoch nicht der Schluss zu ziehen, dass die Gefahr durch Neonazis gesunken sei.

STRATEGIEÄNDERUNG: „NACHT UND NEBEL“

Die Neuköllner Neonazis haben ihre Strategie geändert. Ihr offenes Auftreten in Südneukölln, wo immer noch viele ihrer führenden Köpfe wohnen, war auf zunehmenden Widerstand gestoßen. Die sich im rapiden Sinkflug befindlichen Wahlergebnisse der NPD

machten die Parteilinie für militante Neonazis zunehmend unattraktiv. Stattdessen widmeten sie sich verstärkt direkten Angriffen auf Menschen, die sie für politische Gegner*innen hielten (siehe S.02). Ihre Ziele fanden sie vielfach im Norden Neuköllns oder auch in der Britzer Hufeisensiedlung. Im Jahr 2009 und den folgenden Jahren häuften sich Anschläge auf als politisch links wahrgenommene Kneipen und Räume, deren negativer Höhepunkt zwei Brandanschläge auf das Jugendzentrum „Anton-Schmaus-Haus“ waren (siehe S.08). Eine Familie in Britz wurde systematisch terrorisiert, nachdem sie sich geweigert hatte, Wahlwerbung der NPD anzunehmen. Ungestört von der Polizei konnten die Täter*innen das Vorgehen bei ihren konspirativen nächtlichen Aktionen einüben und professionalisieren. Ermutigt von dem allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruck startete im Mai 2016 eine erneute Angriffswelle. Im Internet wurde eine „Feindesliste“ mit Adressen veröffentlicht. Es ist seitdem eine Serie von Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Brandan-

schlägen auf die Wohnungen und Autos von politisch engagierten Menschen zu beobachten. Hinzu kommt der bis heute unaufgeklärte Mord an Burak Bektaş, der 2012 gegenüber vom Krankenhaus Neukölln erschossen wurde (siehe S.07). Eine andere Erklärung als ein rassistisches Motiv ist nicht ersichtlich.

Der Kreis der Täter*innen, die für die Bedrohungen und Angriffe in Nordneukölln und in Britz in Frage kommen, ist überschaubar. Es spricht sehr vieles dafür, dass Angehörige des ehemaligen militanten Neonazi-Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin“ (NW-Berlin), das auch in Neukölln aktiv und für ähnliche Aktionen bekannt war, an den Anschlagsserien beteiligt sind. Besonders auffällig ist, dass der dem Umfeld von „NW-Berlin“ zuzuordnende, langjährige Neuköllner NPD-Kreisvorsitzende Sebastian Thom aus dem Gefängnis entlassen wurde, kurz bevor die aktuellen Attacken losgingen.

Lassen wir es nicht zu, dass die Strategie der Neonazis aufgeht. Machen wir ihnen Druck – wo immer es geht!

WIDER DIE GLEICHGÜLTIGKEIT

Ein Statement von Robert Giese, Schulleiter der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) in der Hufeisensiedlung.



Schulleiter Robert Giese.
(Foto: Fritz-Karsen-Schule)

Es waren vielleicht zweihundert Menschen, die sich öffentlich solidarisierten mit einer Familie in der Hufeisensiedlung, die zum wiederholten Mal von Rechtsextremisten angegriffen wurde. Ich traf viele aus der Fritz-Karsen-Schule, Kolleginnen und Kollegen und auch Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern und freute mich darüber.

Später am Abend bewegte mich die Frage: „Warum waren wir nicht mehr?“ An der Fritz-Karsen-Schule lernen über 1200 junge Menschen, sie kommen aus Familien, in der Hufeisensiedlung leben schätzungsweise ähnlich viele Menschen. Es gibt 1000 und mehr Gründe, nicht teilzunehmen. Viele hat die Information nicht erreicht.

Gelesen habe ich: „Alles was das Böse braucht, um zu triumphieren, sind genügend gute Menschen, die nichts unternehmen.“ Lassen wir nicht zu, dass nationalistische und rassistische Parolen unwidersprochen bleiben. Stellen wir uns denen gemeinsam entgegen, die in ihrem beschränkten, hasserfüllten Denken meinen, andere angreifen zu können, sich darauf verlassend, dass viele gleichgültig bleiben. Die Schülervvertretung der Fritz-Karsen-Schule plant Projekte gegen Rassismus. Ich bin sicher, dass das Bewusstsein darüber, dass Demokratie täglich erkämpft werden muss, um lebensfähig zu bleiben, wachsen wird.

Wir werden den Faschisten, Rassisten oder den „einfachen“ Rechtspopulisten entgegentreten.“



SCHULE OHNE RASSISMUS

SCHULE MIT COURAGE

„Zum Glück haben uns Leute geholfen!“

Die 13-jährige Rabia* und ihr großer Bruder wurden im vergangenen Jahr Opfer eines rassistischen Übergriffs in Britz. Im Interview erzählt sie davon.

ERZÄHL MAL, WAS PASSIERT IST.

Mein Bruder und ich waren zusammen unterwegs. Es war genau an meinem 13. Geburtstag. Zwischen Parchimer Allee und Blaschkoallee in der U-Bahn wurden wir plötzlich von einem Mann angepöbelt. Er war groß, breit und hatte eine Bierflasche in der Hand.

WIE HAT ER EUCH BESCHIMPFT?

Er meinte, „Immer solche wie ihr, die kiffen und rauchen! Solche brauchen wir hier nicht!“. Mein Bruder meinte daraufhin, dass er doch gar nicht raucht oder kifft und dass der Mann uns in Ruhe lassen soll. Aber der machte weiter, sagte, dass er doch genau wisse, wie „solche wie wir“ seien. Wahrscheinlich hat er das auf unser Aussehen bezogen. Darauf, dass wir nicht wie Deutsche aussehen. Er hat ja auch nur uns angemacht.

HAT ER EUCH NUR BELEIDIGT?

Zuerst schon. Aber dann sind wir ausgestiegen und er kam mit seinem Kumpel hinterher, kurz bevor die Türen wieder zgingen. Er hat dann meinen Bruder geschlagen und auch in Rich-



Von Bewohner*innen gegründet: Die Initiative „Hufeisern Gegen Nazis“. (Foto: PM Cheung)

tung Gleis geschubst. Es ging alles sehr schnell. Zum Glück haben uns Leute geholfen: Ein Mann und eine ältere Frau sind dazwischen gegangen. Hätten wir keine Hilfe bekommen, wer weiß, was dann passiert wäre?

WIE GING ES DANN WEITER?

Nach 2–3 Minuten kamen die Sicherheitsleute von der BVG. Sie haben die Männer gepackt und wir konnten erstmal weggehen. Unter Schock haben wir uns zuerst dagegen entschieden, eine Anzeige zu machen. Wir hatten wirklich Glück, dass die so schnell da waren!

WIE GEHT ES DIR JETZT? DU MUSST DIESEN WEG JA TÄGLICH FAHREN, UM ZUR SCHULE ZU KOMMEN?

Also mittlerweile denke ich nicht mehr so oft daran, aber am Anfang hatte ich viel Angst. Ich habe versucht, nicht mehr alleine zu fahren, aber das geht ja nicht immer. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man sich selbst verteidigen kann. Und dass man selbstbewusst ist und sich nicht so leicht zum Opfer macht.

*Name von der Redaktion gerändert.

Wer ist hier rassistisch?

Hast du bereits Rassismus erlebt? Hast du schonmal rassistisch gehandelt?

Kannst du dir sicher sein bei einem Vorstellungsgespräch auf Grund deiner Erfahrung und nicht deiner Hautfarbe bewertet zu werden? Kannst du dir sicher sein, dass wenn du dich verspätest, das nicht mit deiner „Kultur“ begründet wird? Kannst du dir sicher sein, in Film und Fernsehen viele Menschen zu sehen, die eine ähnliche Hautfarbe haben wie du?

Viele meinen, Rassismus sei nur ein Problem bei Neonazis. Dabei ist rassistisches Gedankengut in Deutschland stark verbreitet – auf allen Ebenen der Gesellschaft. Die meisten Menschen denken oder handeln immer wieder rassistisch. Dabei werden Menschen auf Grund von Hautfarbe, Herkunft oder Religion als anders oder fremd wahrgenommen und daraufhin abgewertet und diskriminiert. Rassistische Diskriminierung drückt sich sehr vielseitig aus. Sie kann aktiv und bewusst durch das Verwehren oder Erschweren zu Zugängen zum Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Bildungs- und Gesundheitswesen pas-

sieren. Oftmals geschieht diese Art von Rassismus aber auch unbewusst und wird durch unbegründete „Ängste“ legitimiert. Dabei handelt es sich bei Rassismus nicht nur um negative Reaktionen – bereits die Behauptung, dass es Unterschiede zwischen Menschen aufgrund von Aussehen gäbe ist rassistisch.

Man muss die Geschichte betrachten, um zu verstehen, welche Entwicklungen zu einer Verbreitung von rassistischem Wissen und der systematischen Diskriminierung von bestimmten Gruppen geführt hat. Rassismus gegen Schwarze ist nicht ohne die Geschichte des Kolonialismus zu verstehen, Antisemitismus oder Rassismus gegen Sinti und Roma nicht ohne die Geschichte des Holocaust. Durch diese Geschichte sind rassistische Vorurteile weit verbreitet und führen dazu dass Menschen heutzutage weiterhin gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund von Rassismus erleben müssen. Betroffen sind Schwarze, Muslime, Sinti und Roma und andere Menschen, denen un-

terstellt wird, sie würden nicht deutsch sein. Immer wieder werden sie von Weißen gefragt, wo sie herkommen und es werden Witze über ihr angebliches Temperament gemacht. Sie werden viel häufiger von der Polizei angehalten und kontrolliert. Ihnen wird von Haus aus Kriminalität unterstellt.

Durch rassistische Diskriminierung können sich Weiße Menschen als normal darstellen, Privilegien sichern und Ausbeutung rechtfertigen. Das passiert national aber auch international z.B. in der ökonomischen Ausbeutung von Arbeiter*innen in anderen Ländern. Es ist dringend nötig, dass sich alle Menschen mit ihren rassistischen Vorurteilen auseinandersetzen und rassistische Diskriminierung erkennen und nicht mehr abstreiten oder hinter Wörtern wie „Fremdenangst“ verstecken. Vor allem Weiße, die nicht von Rassismus betroffen sind sondern Rassismus ausüben, sollten sich mit dem Thema beschäftigen.

Zum weiterlesen:
www.deutschlandschwarzweiss.de

Das Märchen vom Sommermärchen

Während Bilder von wasserverteilenden und applaudierenden Helfer*innen um die Welt gingen, verdeckten sie andere Bilder: Das der täglich demonstrierenden rechten Bürger*innen, der brennenden Flüchtlingsunterkünfte, der durch Rassist*innen verletzten Geflüchteten.

Für 2016 veröffentlichte das Bundeskriminalamt die erschreckende Zahl von 988 attackierten Unterkünften. 2.545 mal wurden Flüchtlinge im Jahr 2016 in Deutschland aus rassistischen Gründen angegriffen. Das sind jeden Tag zehn Attacken, darunter über 100 Brandanschläge. Es ist reines Glück, dass dabei noch niemand ermordet wurde. Dieses ungeheure Ausmaß wird bis heute von den Medien, der Politik und den Ermittlungsbehörden viel zu wenig wahrgenommen. Diese Anschlagsserie wird einfach nicht als Terror wahrgenommen.

SCHWEIGEN, TOLERIEREN, UNTERSTÜTZEN

Die Neonazis und „besorgten Bürger“, die diese Angriffe ausführen, bilden lediglich die Spitze des Eisberges und fühlen sich dank der rassistischen Aufmärsche von Pegida und seinen Ablegern (in Berlin nennen sie sich „Bärgida“), des Erfolgs der AfD ebenso unterstützt, wie durch das Schweigen der Restgesellschaft. Sie fürchten keine Repression und Bestrafung. Sie können sich darauf verlassen, dass sie von ihren Mitbürger*innen nicht verurteilt werden, vielleicht sogar in der



Späthstraße: Unterkunft für Flüchtlinge in Neukölln. (Foto: NzukoellnBild)

Kneipe einen ausgegeben bekommen. Falls doch mal Brandstiftende oder Angreifer*innen ermittelt werden, können sie sich meist sicher sein, mit einem „blauen Auge“ davonzukommen: Selbst bei einer Brandstiftung an einer bewohnten Unterkunft einschließlich Durchtrennen des Feueralarms konnte die Staatsanwaltschaft keinen versuchten Mord erkennen (so geschehen in Altena in NRW).

Dem Ganzen liegt ein gesellschaftlich verbreiteter Rassismus zugrunde, der sich in der hetzerischen Berichterstattung, in den immer weiter verschärften Asylgesetzen (siehe Artikel unten) und in den immer krasser Statements von Politiker*innen zeigt. Das ständige Gerede von einer „Flut“ und einer „Flüchtlingskrise“ ist nicht nur unemphatisch, sondern vermittelt den Eindruck einer Naturkatastrophe. Statt sich mit den

Problemen hilfsbedürftiger Geflüchteter zu beschäftigen, werden sie selbst zu „Problemen“ erklärt.

In das vielstimmige Schweigen stimmen auch nicht wenige ein, die sich gerne als Flüchtlingsunterstützer*innen sehen. Ihre Arbeit war für viele Geflüchtete eine große Unterstützung, häufig lebensnotwendig. Dennoch fehlt von ihnen oft, wie generell aus der Zivilgesellschaft, eine deutlichere politische Positionierung. Von Großdemonstrationen nach Brandanschlägen, von einer offensiven Mobilisierung gegen Rechts, von einem entschiedenen Eintreten gegen Alltagsrassismus war bisher nur selten zu hören.

Dabei wäre es gerade angesichts der zunehmenden rechten Mobilisierung umso wichtiger, Rassismus auf allen Ebenen zu bekämpfen, rassistische Äußerungen von Politiker*innen wie von Medien zu skandalisieren, den Druck auf Polizei und Ermittlungsbehörden nach rassistischen Angriffen zu erhöhen und den Angreifer*innen zu zeigen, dass sie nicht nur mit verbreiteter Zustimmung, sondern auch mit Gegenwehr rechnen müssen.

Das härteste Asylrecht aller Zeiten

„Merkel muss weg“ ist zum Schlachtruf der deutschen Rechten geworden, gleichzeitig wird die CDU-Kanzlerin von Linken, Grünen und Sozialdemokrat*innen für ihre angeblich menschenfreundliche Flüchtlingspolitik gelobt. Die Realität sieht allerdings ganz anders aus.

Fakt ist, dass in Deutschland gegenwärtig das härteste Asylrecht seiner Geschichte gilt. Und jeden Monat kommen weitere Verschärfungen hinzu. Ein Gesetz, das von dem Verein „Pro Asyl“ nur noch „Desintegrationsgesetz“ genannt wird, schränkt die freie Ortswahl für Geflüchtete weiter ein und verschärft den Arbeitszwang in sogenannten 80-Cent-Jobs. Außerdem wurden neue Sanktionen eingeführt für all jene, die nicht alles mit sich machen lassen. Im August 2015 wurden weitere massive Verschärfungen beschlossen. Diese ermöglichen es den Behörden im Prinzip alle Geflüchteten, deren Asylantrag abgelehnt wurde, wegen angeblicher „Fluchtgefahr“ in Abschiebehäft zu nehmen. Kurz danach wurde beschlossen Sonderlager einzurichten, in denen Geflüchtete, die keine Aussicht auf einen Verbleib in Deutschland haben, quasi interniert werden. Auch in Berlin wird nun so eine Sonderunterkunft eingerichtet, die den früheren Abschiebegefahrswahrsam in Grünau ergänzen soll.

FLÜCHTLINGE ZWEITER KLASSE

Diese Maßnahmen betreffen insbesondere Menschen, die vor Rassismus und Diskriminierung aus den Balkanstaaten geflohen sind. Denn nach Serbien, Mazedonien und Bosnien wurden nun auch der Kosovo, Montenegro und Albanien zu sogenannten „Sicheren Drittstaaten“ erklärt. Wer aus diesen Staaten kommt, hat einerseits kein Asylrecht mehr und andererseits auch keine Chance auf Ausbildung oder Arbeit. Das sogenannte sozio-kulturelle Existenzminimum, das erst kürzlich vom Bundesverfassungsgericht auch für Geflüchtete durchgesetzt worden war, wurde wieder so eingeschränkt, dass nur noch das physische Überleben gesichert ist. Wer will so leben?

Die Regelung zu sicheren Drittländern wurde 2016 auf Marokko, Algerien und Tunesien ausgeweitet, derzeit werden sogar Teile Afghanistans von der Bundesregierung für „sicher genug“ erklärt, obwohl sogar die UNO

das von mittlerweile 40 Jahren Krieg vollkommen destabilisierte Land als „kriegerisch und unsicher“ einstuft. Deutsche Minister*innen jedenfalls tragen Stahlhelme, wenn sie deutsche Soldat*innen in ihren Festungen dort besuchen. So sicher scheint es also nicht zu sein.

DEUTSCHLAND MACHT DICHT

Mit dem sogenannten Asylpaket II wurde Anfang 2016 außerdem beschlossen, dass eine Erkrankung kein Abschiebehindernis mehr darstellt, selbst wenn dabei medizinische Komplikationen zu befürchten sind. Oder auch Suizid, schließlich werden Traumata nicht als schwerwiegende Erkrankung gewertet. Für die meisten Geflüchteten aus Syrien wurde mit dem Asylpaket II zudem die Möglichkeit auf Familiennachzug aufgehoben. Dies führt dazu, dass sich nun Zehntausende Frauen und Kinder auf lebensgefährliche Fluchtrouten begeben. Straffällig gewordene Geflüch-

tete können nun auch abgeschoben werden, wenn ihnen Verfolgung und Folter drohen. Jüngst wurde zudem beschlossen, dass die Grenzschutzbehörden vermehrt Handys von Geflüchteten auslesen sollen, um das Land zu ermitteln, in das sie abgeschoben werden können. Das Ziel ist klar: Deutschland macht dicht. Nicht „nur“ für die Menschen aus den angeblich sicheren Herkunftsstaaten, sondern auch für Bürgerkriegsflüchtlinge wird es immer schwerer hierher zu kommen.

Der Vorwurf der Rechten, Merkel betreibe eine zu offene und liberale Flüchtlingspolitik, geht an der Realität vorbei. Stattdessen tut die Bundesregierung alles, um die Situation für Geflüchtete in Deutschland immer weiter zu verschlechtern. Sie kann dabei leider auch auf den Rückhalt in der Bevölkerung bauen.

Zum weiterlesen:
www.asylrechtverschaeerfung-stoppen.de
www.proasyl.de

Die AfD ist wirklich keine Alternative

Statt für mehr Demokratie und mehr Solidarität steht die AfD für das genaue Gegenteil.

Wer wenig hat, dem soll auch das noch genommen werden. Die AfD propagiert ganz offen den sozialen Kahlschlag. Die Bundesvorsitzende Frauke Petry fordert die allgemeine Absenkung des Rentenniveaus. Auch für Alleinerziehende, Patchwork-Familien, berufstätige Mütter oder gleichgeschlechtliche Paare würden mit der AfD noch schlimmere Zeiten anbrechen. Wer nicht ins altbackene Familienbild der selbsternannten Alternative passt, soll an den Rand gedrängt werden. Für die Reichen hingegen fordert sie Steuererleichterungen (Abschaffung der Erbschaftsteuer) oder kämpft gegen mehr Gerechtigkeit (Ablehnung einer Vermögenssteuer).

DIE AfD HAT EINE „FAKTENFREIE“ SICHT AUF DIE WELT

Mit „wahr“ und „falsch“ hält es die AfD genauso wie der US-Präsident Donald Trump. Was nicht passt, wird passend gemacht. Ganz normale Mitmenschen werden, nur weil sie z.B. ein Kopftuch

tragen, nicht weiß sind oder Familie in einem mehrheitlich muslimischen Land haben, als „Invasoren“ einer angeblichen „Islamisierung“ abgestempelt. In ihren Twitter- und Facebook-Gruppen bestätigen sich AfD-Funktionär*innen und AfD-Anhänger*innen gegenseitig in ihren Wahnvorstellungen und erzeugen so ihre ganz eigene Wirklichkeit.

DIE AfD MACHT NOCH MEHR PROBLEME

Je mehr Stimmen die AfD bei Wahlen bekommt, umso mehr Macht, Geld und Einfluss bekommt sie. Klar ist auch, dass AfD zu wählen kein einziges Problem löst. Es wird vielmehr jede Menge neuer Probleme schaffen. Die AfD hetzt Menschen gegeneinander auf, die viel mehr erreichen könnten, wenn sie zusammenstehen. Die AfD zu wählen, ist übrigens auch kein „Denkzettel“ für die anderen Parteien. Ein echter Denkzettel wäre es, die Probleme dieser Gesellschaft gemeinsam und solidarisch zu lösen.

WAS DIE AfD WIRKLICH WILL UND WAS DABEI HERAUSKOMMT

Ziel der AfD ist ein gesellschaftlicher Rechtsruck auf allen Ebenen. Sozial Benachteiligte, Geflüchtete, Migrant*innen, Muslime und Angehörige anderer religiöser Minderheiten, Feminist*innen, Linke und alle als „anders“ benannten Menschen sollen schlechter behandelt werden. Die Mitglieder der AfD vereint der Wunsch nach einem autoritären Staat und einer starken Führungsperson, die den vermeintlichen „Volkswillen“ umsetzt. Es geht darum die eigenen Privilegien zu verteidigen.

Das erstarkende rechte Selbstbewusstsein führte bereits dazu, dass auch andere Parteien Themen und Vorurteile der AfD aufgenommen haben und sie nun ihrerseits zu „überholen“ versuchen. Gleichzeitig kam es bereits zu einem drastischen Anstieg von Brandanschlägen und rassistischer Gewalt. Im Jahr 2016 gab es 921 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und mehr als 1800 Übergriffe auf Geflüchte-

te. Hierfür trägt die AfD eine Mitverantwortung als geistige Brandstifterin.

DIE AfD: EINE NEUE VERPACKUNG FÜR RASSIST*INNEN UND NEONAZIS

Die AfD ist keine „normale“ Partei, sondern Ausdruck und Ergebnis einer extrem rechten Bewegung, die um jeden Preis gesellschaftlichen Masseneinfluss ausüben will. Ihre Funktionär*innen und Mitglieder sind eng verbunden mit einem ganzen Netzwerk aus rechtskonservativen bis neofaschistischen Zeitschriften (z.B. „Junge Freiheit“, „Compact“ und „Zuerst!“), Online-Medien (z.B. „pi-news“), verschwörungstheoretischen Netzwerken und rassistischen Gruppierungen (z.B. „Pegida“ und „Identitäre Bewegung“).

Diese Partei ist keine echte Alternative. Sie hat den Menschen nichts anzubieten außer einer Verschärfung des Gegeneinanders. Jeder Angriff der AfD auf Minderheiten ist auch ein Angriff auf eine solidarische, offene und moderne Gesellschaft, in der alle in Vielfalt und ohne Angst leben können.

30 Jahre Neonazi-Aktivitäten in Neukölln

Eine kontinuierliche Geschichte rechter Gewalt.

Schon vor dreißig Jahren waren in den südlichen Ortsteilen Neuköllns zahlreiche neonazistische Skinheadgruppen aktiv. Sie verteilten nicht nur Flugblätter, sondern überfielen Menschen mit Knüppeln und Leuchtmunition. In großen Gruppen versuchten sie etwa rund um den hundertjährigen Geburtstag von Adolf Hitler im April 1989 Angst und Schrecken auf den U-Bahnhöfen entlang der U7 zu verbreiten. Schon damals geriet immer wieder der sozialdemokratische Jugendverband „Die Falken“ ins Visier. Ein Bus der „Falken“ wurde angezündet, Drohbriefe geschickt und Mitglieder verprügelt. Im Rahmen einer bundesweiten Welle rassistischer Ausschreitung griff 1992 eine Gruppe von 60 Neonazis eine Flüchtlingsunterkunft in Buckow an.

NATIONAL-BEFREITE ZONE RUDOW?

In den darauffolgenden Jahren versuchte die Neuköllner Neonaziszene besonders in Rudow eine Art Vorherrschaft zu etablieren. Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten, Menschen mit Migrationsgeschichte und politisch Andersdenkende sollten sich dort nicht ohne Angst bewegen können. Diesen Anspruch versuchten sie mit Gewalt durchzusetzen. Im Jahr 2001 wurde eine Feier in einem evan-



gelischen Gemeindezentrum gestürmt, das Mobiliar zerstört und Feiernde angegriffen. Eine rassistische Hetzjagd ereignete sich zwei Jahre später. Für einen der Jugendlichen, die am U-Bahnhof Rudow mit einem Baseballschläger attackiert wurden, endete sie mit schweren Kopfverletzungen. Als im Jahr 2006 am gleichen Ort die PDS (heute Die Linke) einen Infostand aufbaute, sprühten Neonazis mit Pfefferspray, warfen Flaschen und

Erst Gewalttäter, dann Kreisvorsitzender der NPD: Sebastian Thom (r.), hier zu sehen bei einer NPD-Kundgebung im Jahr 2012. (Foto: Sören Kohlhuber)

schossen mit Feuerwerksmunition auf die Betreiber*innen. Der spätere NPD-Kreisvorsitzende Sebastian Thom war damals der Haupttäter. Auch mit der jetzigen Anschlagsserie wird er in Verbindung gebracht.

Parallel versuchten die Neonazis ihrer Forderung nach einem Platz nur für Deutsche, einem „Nationalen Jugendzentrum“, mit Demonstrationen Nachdruck zu verleihen. Neuköllner „Kameradschaften“, die nach der Jahrtausendwende entstanden waren und sich verschiedene Namen gaben, veranstalteten diese Aufmärsche. Es folgte die Gründung eines eigenständigen Kreisverbandes der NPD, der von Anfang an starke Überschneidungen mit den gewalttätigen Gruppen hatte und schnell an Bedeutung gewann.

Ihren bisher größten Erfolg erzielte die Neuköllner NPD, als sie nach den Wahlen 2006 zwei Mitglieder für fünf Jahre in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entsenden durfte. Daneben ging die Gewalt weiter. Im Jahr 2008 wurden nachts im Rudower Blumenviertel zwei Brandanschläge auf Wohnhäuser von Familien mit Migrationshintergrund verübt. Die zwei

Neonazis Robert Hardege und Markus Pohle aus der Nachbarschaft wurden als Täter ermittelt. Dem dritten, Julian Beyer, konnte die Tat nicht nachgewiesen werden. Er trat zur nächsten Wahl für die NPD als Kandidat an.

Die Neonazis versuchen also immer wieder in Rudow Fuß zu fassen. Bisher mit wenig Erfolg. Denn es gibt auch in Rudow entschiedene Gegenwehr. Deshalb: Seien wir solidarisch mit allen, die sich gegen Neonazis zur Wehr setzen und nicht zulassen, dass „National-befreite Zonen“ entstehen.

KAKTUS GEGEN NAZIS



Deine Positionierung gegen Neonazis. Auf vielen Fenstern in Neukölln wehen die Wimpel mit dem Kaktus. Die Botschaft ist klar: Neukölln ist kein Ort für Neonazis.

Kostenlos in verschiedenen Sprachen zu bekommen über: www.neukölln-gegen-nazis.de.

Der Mord an Burak Bektaş: War Rassismus das Motiv?

Burak Bektaş war ein junger Mann wie viele andere. Am 5. April 2012 wurde er in Neukölln ermordet, zwei seiner Freunde wurden lebensgefährlich verletzt. Bis heute gibt es keine Ermittlungsergebnisse.

Gegenüber vom Krankenhaus Neukölln steht Burak mit Freunden und unterhält sich. Ein unbekannter weißer Mann geht gezielt auf die Gruppe Jugendlicher mit sogenanntem Migrationshintergrund zu und feuert mehrere Schüsse auf sie ab. Der damals 22-jährige Burak wird getroffen und stirbt – seine Freunde Alex und Jamal werden schwer verletzt und können nur durch Notoperationen gerettet werden. Der Mord an Burak wird nicht nur von der Familie, dem Freundeskreis und in der Nachbarschaft als eine große Bedrohung empfunden, sondern schafft eine breite Verunsicherung in von Rassismus betroffenen Communities. Die Überlebenden leiden bis heute an den Folgen und beschreiben die Tat als Hinrichtung auf offener Straße. Ein Vorgang, den wir von den Morden der neonazistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) kennen: Weißer Mann schießt wortlos und ohne Vorwarnung auf Migranten. War das eine NSU-Nachahmungstat? War der Mörder ein Rassist?

VERSCHLEPPTE ERMITTLUNGEN

Teile der Neonazi-Szene begrüßen offenkundig den Mord und haben ihn auch als möglichen rassistischen Mordanschlag verstanden. So veröffentlichte die Neonazi-Aktivistin Mandy P., die zum Mordzeitpunkt in unmittelbarer Nähe des Tatorts wohnte,



Der Tatort: An dieser Stelle gegenüber dem Krankenhaus Neukölln wurde Burak erschossen und seine Freunde schwer verletzt. (Foto: Burak Initiative)

auf ihrem Facebook-Profil einen Post, dass sie hoffe, den Ermittlungsbehörden würden keine Hinweise zum Täter geliefert werden. Eine Strafanzeige unserer Initiative gegen Mandy P. wurde eingestellt und in diese Richtung nicht weiter ermittelt.

Im Juli 2016 wurde der Mörder des in Berlin lebenden jungen Briten Luke Holland, Rolf Z., zu über 11 Jahren Haft verurteilt. Auch Rolf Z., der spätere Mörder von Luke Holland (siehe Text unten) war bereits in der Akte zum Mordfall Burak Bektaş als möglicher Tatverdächtiger erfasst worden:

Ein Hinweisgeber hatte angegeben, dass Rolf Z. ihn nach scharfer Munitio-n gefragt hatte. Außerdem hatte Rolf Z. damals damit geprahlt in der Nähe des Krankenhauses mit seinem Bruder „Rumzuballern“. Trotzdem wurde diesem Hinweis im Rahmen der Mordermittlungen im Fall Burak Bektaş nicht ernsthaft nachgegangen.

Grundsätzlich ist noch in vielen Punkten offen, wie die zuständigen Behörden bei ihren bisher „ergebnislos“ und bisher „in alle Richtungen“ verlaufenen Ermittlungen eigentlich vorgegangen sind. Bis heute quälen sich

Familie und Freund*innen mit den Fragen nach dem „Wer?“ und „Warum?“. Doch es gibt dringende Zweifel, dass überhaupt ausreichend ermittelt wurde – vor allem in Richtung eines rechten bzw. rassistischen Tatmotivs. Von den NSU-Morden haben wir gelernt: Es reicht das Schweigen und die Ignoranz der Mehrheit, während die Minderheit bedroht und angegriffen wird. Diese Strategie darf nicht aufgehen! Wir fordern eine Neuausrichtung der Ermittlungen im Mordfall Burak Bektaş mit Blick auf ein mögliches rassistisches Tatmotiv!

Zum weiterlesen:
burak.blogspot.de

GEDENKORT FÜR BURAK

Im Januar beschloss der Bezirk die Errichtung eines Gedenkortes für Burak um die Erinnerung an den Mordfall im Gedächtnis der Stadt zu verankern. Am 5. April 2017, zum 5. Jahrestag des Mordes, findet an der Ecke Rudower Straße/Laubsängerweg die Grundsteinlegung statt. Ein Jahr später soll er eingeweiht werden. Der Gedenkort wird zu großen Teilen über Spenden finanziert. Spenden: Antirassistische Initiative e.V., Zweck: „Gedenkort Burak“, IBAN DE46 10020500003039600,

Luke Holland: Todesopfer rechter Gewalt

Am 20. September 2015 wurde Luke Holland in der Ringbahnstraße von einem Neonazi ermordet.

Luke stand vor der Bar „Del Rex“ und telefonierte mit einem Freund in England, als der Täter, Rolf Z., ihn vollkommen unvermittelt erschoss. Der 31-jährige Luke starb an seinen schweren Verletzungen. Rolf Z. schwieg vor Gericht, in einem Indizienprozess wurde er zu 11 Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt. Ein rechtes Tatmotiv wird vom Gericht nicht erkannt: Für die Angehörigen ein Schlag ins Gesicht.

DIE TATNACHT UND DER TATORT

In der Tatnacht ging Luke mit zwei Bekannten ins Del Rex. Er war das erste Mal dort. Das Del Rex war eine kleine Bar in Neukölln mit einem jungen, internationalen Publikum. Inzwischen ist es geschlossen. Bevor das Del Rex eröffnete, befand sich in den Räumen eine Rockerkneipe mit dem Namen „Starkstrom“. Rolf Z. war dort Stammgast. Nach der Schließung dieses Lokals verkehrte Z., der in derselben

Straße wohnte, auch im Del Rex. Der Betreiber erinnert sich an den älteren, weißhaarigen Gast: Z. habe meist allein vor seinen Getränken gesessen und manchmal versucht insbesondere jüngere Frauen in Gespräche zu verwickeln. Wegen aggressiven Verhaltens habe Z. kurz vor dem Hausverbot gestanden. Am Tatabend habe er sich darüber beschwert, dass in der Bar „kein Deutsch mehr“ gesprochen werde. Er sei gegangen und später mit seiner Schrotflinte wieder aufgetaucht. Nach den tödlichen Schüssen hat Z. nach Zeugenaussagen den Tatort mit ruhigen Schritten verlassen.

LUKE HOLLAND

Luke beriet kleine Startups bei der Unternehmensgründung und lebte in Berlin. Sein Vater beschreibt ihn als liebevollen, intelligenten Menschen, immer freundlich, mit einem ansteckenden Lachen. Es sei ihm wichtig gewesen, anderen

zu helfen. In der Presse tauchten kurz nach der Tat Spekulationen über Lärmbelästigung auf, die den Täter dazu veranlassen könnten, in Selbstjustiz gegen den Ruhestörer vorzugehen. Luke wurde in diesen Texten als „DJ“ tituliert. Sie veranlassten die trauernden Eltern klarzustellen: „Luke war kein DJ, er war Jurist.“ Doch er musste sterben, weil er Englisch sprach – der Mörder hatte ihn am Telefon sprechen hören.

MORD OHNE MOTIV?

Vor Gericht berichteten Zeug*innen über rassistische Äußerungen von Rolf Z. Auch stünde Z. der NPD nahe. In seiner Wohnung fand die Polizei eine Hitlerbüste, diverse NS-Devotionalien, sowie eine Fahne mit dem Schriftzug der extrem rechten Band Landser und einem Soldaten-Konterfei. Z. hortete manipulierte scharfe Waffen, massig Munition und ein Kilo Schwarzpulver. Im Urteil, das am 11. Juli 2016 verkün-

det wurde, spielte all dies keine Rolle. Er wurde wegen heimtückischen Mordes verurteilt und der Alkoholkonsum sowie ein fehlendes Motiv wurden zu seinen Gunsten ausgelegt.

BENENNEN, WAS ES IST: RASSISMUS!

Rolf Z. tauchte bereits in der Akte des am 5.4.2012 ebenfalls in Neukölln ermordeten 22-jährigen Burak Bektaş auf (siehe Text oben). Im Jahr 2006 schon fand bei ihm eine Wohnungsdurchsuchung statt ... Die von Staat, Justiz und Politik gedeckte und geförderte Verharmlosung, Entpolitisierung und Verleugnung rechter Gewalt verhindern so nicht nur die Aufklärung von Taten, Motiven und Hintergründen; sie ermutigt rechte Täter*innen weiterzumachen. Möglicherweise wäre der Mord an Luke Holland verhindert worden, wenn im Fall von Burak Bektaş hinreichend in Richtung rechtes Mordmotiv ermittelt worden wäre.

Stell Dir vor, dein Haus wird angezündet und niemand guckt hin ...

Unsere politische Überzeugung, unsere pädagogische Arbeit sind ihnen ein Dorn im Auge.

Das Kinder- und Jugendzentrum Anton-Schmaus-Haus der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ in Britz wurde 2011 von Nazis mit zwei Brandanschlägen teilweise zerstört und unser heutiger Kreisvorsitzender angegriffen. Im Oktober 2016 und Januar 2017 gab es Brandanschläge auf die Autos unserer Geschäftsführerin und einer Gruppenleiterin. Mit anderen linken Projekten standen wir auf einer „Feindesliste“ der Neonazis im Internet.

Wir Falken stehen u.a. für internationale Kindrechte und Solidarität, also in klarem Widerspruch zur Menschenverachtung von Nationalismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Faschismus.

Nach den Anschlägen haben wir erfahren, wie wichtig Solidarität ist. Nur mit der großen Unterstützung vie-



Zerstört: Das Anton-Schmaus-Haus nach dem Brandanschlag 2011. (Foto: Björn Kietzmann)

ler konnten wir nach 2011 die 140.000 € teuren Auflagen der Versicherung (Sicherheitszaun und Kameraüberwachung) stemmen. Es geht aber um viel mehr als Geldspenden. Betroffene nicht allein lassen, deutliche Zeichen gegen neofaschistische Umtriebe setzen, klar zeigen, wir sind viele, lassen uns nicht einschüchtern und machen weiter – das macht die Kraft der Solidarität.

Vernetzung macht uns wirkungsvoll. Gemeinsam mit vielen anderen wirken wir der gesellschaftlichen Entwicklung von wachsender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, deren Akzeptanz und damit einhergehenden Menschenfeindlichkeit entgegen. Weitere Menschen sind willkommen, unsere Räume für Treffen, Aktivitäten und Veranstaltungen zu nutzen.

www.falken-neukoelln.de

Mitmachen für ein solidarisches Neukölln!

Sie wollen sich gegen Neonazis in Neukölln engagieren? Los geht's!

BÜNDNIS NEUKÖLLN

Das Bündnis Neukölln, ein Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen, will den rechtsextremen Kräften in Neukölln etwas entgegen setzen. Wir wollen ein friedliches, respektvolles und buntes Neukölln ohne Ausgrenzung und Hass, und eine Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst leben können, unabhängig vom Glauben, Herkunft, Geschlecht und ihrer sexuellen Identität.

Deshalb informieren wir über rechte Hetze, vernetzen uns und organisieren Protest. Außerdem engagieren wir uns gemeinsam mit vielen anderen Ehrenamtlichen für eine „Willkommenskultur von unten“, zum Beispiel mit einem Sprachcafé. Für den Sommer 2017

planen wir eine bunte Aktionswoche für Vielfalt in Neukölln mit vielen Veranstaltungen und Festen.

Jeder kann bei uns mitmachen und seine Ideen einbringen. Wir treffen uns am ersten Mittwoch im Monat und freuen uns immer über neue Gesichter!

www.buendnis-neukoelln.de

www.facebook.com/buendnisneukoelln

HUFEISERN GEGEN RECHTS

Die Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Bewohner*innen der Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung, der sich gegen rechte Gewalt und Ideologie wendet und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kul-

turen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen eintritt. Unser Engagement sehen wir in der humanistischen Tradition unserer Siedlungen, deren Entstehung eng mit dem Kampf um eine sozial gerechte und lebenswerte Gesellschaft in Verbindung steht. Unsere Aktivitäten richten sich in erster Linie an unsere Nachbar*innen, die Bewohner*innen unserer Siedlungen. In all diesen Aktivitäten stellen wir das Gemeinsame in den Vordergrund – ohne das Trennende zu übersehen.

Diese Grundsätze standen schon Pate bei der Gründung der Initiative im Herbst 2012. Sie war eine Reaktion auf die Anschläge von Rechtsextremisten auf eine Anwohnerfamilie der Hufeisensiedlung, auf die tätlichen Angriffe mit

Verletzungsfolgen auf Personen in der Parchimer- und Fritz-Reuter-Allee sowie die Beschmutzung von Hauswänden und öffentlichen Einrichtungen (Schaltkästen, Laternenmasten, Straßenschildern usw.) mit rassistischen Parolen und faschistischen Symbolen.

Seitdem arbeiten wir an der Verteidigung des öffentlichen Raumes gegen das Vordringen rechter Parteien und ihres Umfeldes. Dazu gehört zum einen die Organisation von Solidarität mit angegriffenen Personen und von Protest gegen rechte Aktivitäten, zum anderen aber auch die Initiierung und Beteiligung an demokratischen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen. Wir treffen uns jeden ersten Mittwoch im Monat.

www.hufeiserngegenrechts.de

Veranstaltungstipps

Vom 18.-25. März findet die Aktionswoche „Stacheln zeigen gegen Rassismus & Neonazigewalt“ in Neukölln statt. Ein Programmauszug:

DIENSTAG, 21.03., 17 UHR
Kundgebung: „Internationaler Tag gegen Rassismus“ U-Bhf. Rudow

DIENSTAG, 21.03., 19 UHR
Veranstaltung zu Neonazistrukturen in Neukölln und Berlin
Nachbarschaftszentrum Wutzkyallee, Wutzkyallee 88/98

MITTWOCH, 22.03., 19:30 UHR
Veranstaltung: „NSU Monologe und Tribunal – NSU Komplex auflösen“ Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidtstraße 37

DONNERSTAG, 23.03., 19 UHR
Veranstaltung: „Die Identitäre Bewegung – alte Bekannte in neuem Design?“ Trude, Flughafenstr. 38

FREITAG, 24.03., 19 UHR
Veranstaltung: „Autobrände, Alternative Facts, Antifeminismus? Antifaschistische Herausforderungen.“ K-Fetisch, Wildenbruchstr. 86

FREITAG, 24.03., 20 UHR
Veranstaltung: „Die AfD in Neukölln – Wegbereiter rechter

und rassistischer Gewalt?“ Laika, Emser Straße 135

SAMSTAG, 25.03., 15 UHR
Demonstration: „Jetzt erst recht – Antifaschistische und Antirassistische Demonstration“ U-Bhf. Rudow



QR-Code: Link zur Facebookseite der Veranstaltungsreihe

Mehr Termine unter: www.neukoelln-gegen-nazis.de

